

Er scheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
vom 1. Juli 1921 an
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 60.—
in den Ausgabestellen 62.50
durch Zeitungsverkäufer 65.—
durch die Post 68.—

Verlagspreis: 4248, 273.
3110, 3.49.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausbreitung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P.K.O. Nr. 200 283 in Poznań.

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 10.— M.
im Restamtteil 30.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Restamtteil 10.— M.
in deutscher Wirt.
Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Pöserer Tageblatt

Polens Handelsvertrag mit Rumänien.

Der Sejm hat den Handelsvertrag mit Rumänien ratifiziert. Es ist dieses der erste Handelsvertrag, den Polen seit seiner Neugründung abgeschlossen hat. Es wäre nun sehr erwünscht, bald näheres über den Vertrag zu hören, vor allem welche Vorteile sich aus ihm für Polen ergeben.

Bis jetzt hat man nur als ganz besonders vorteilhaft die eingeräumte Benutzung der Häfen Galaş und Braila für den Handel mit Rußland und dem Orient gerühmt. Das hat vorausichtlich auf Jahre hinaus noch keine praktische Bedeutung, denn es wird immer klarer, daß Sowjetrußland nicht in der Lage ist, erfolgreiche Handelsbeziehungen mit dem Ausland aufzunehmen. Es fehlt ihm an Waren, die einzuführenden Waren zu bezahlen. Der Goldvorrat ist so gering, daß selbst Sowjet-Handelsvertreter vor kurzem in Schweden eingestanden haben, dieses Zahlungsmittel nicht gebrauchen zu können, um sich nicht ganz zu entblößen. Mit Waren kann Rußland erst recht nicht zahlen, da jedermann weiß, daß Rußlands Land- und Industriewirtschaft vollkommen zerrütet ist. Es sind auch bisher durch Aufnahme der Handelsbeziehungen mit anderen Nationen keine wesentlichen Geschäftsabschlüsse zustande gekommen.

Standinische, englische und auch deutsche Firmen haben bereits durch ihre Vertrauenslosigkeit nicht unbedeutende Verluste erlitten.

Die staatlichen sowjetrußischen Handelsvertreter leisteten Goldanzahlungen unter der Bedingung, daß die Waren sofort auf den Weg gebracht wurden, und die Restzahlung bei Eintreffen derselben in Rußland erfolgt. Nach Abführung der Waren haben die Lieferanten weder von der Restzahlung noch von den Waren etwas zu sehen bekommen. Es hat sich in Rußland keine dienstliche Stelle gefunden, die die Waren erhalten hat, noch zur Zahlung verpflichtet sein will.

Die Hauptausfuhrprodukte Polens, Getreide und Holz, kann Rumänien nicht gebrauchen, da es selbst reichlich mit diesen Gütern versehen ist. Bei den Ausfuhr für die Ernährungslage im kommenden Wirtschaftsjahr gebraucht Polen von Rumänien Nahrungsmittel, in erster Linie Getreide. Frankreich hat nun aber vor einiger Zeit wieder Aufnahme des rumänischen Zinsendienstes Rumänien einen Kredit von 200 Millionen Franken bewilligt. Zur Begleichung dieser Summe hat sich Rumänien verpflichtet, aus der vorjährigen und diesjährigen Ernte 20 000 Waggons Getreide zu liefern. Dieses wird durch die Zentrale der rumänischen Genossenschaften aufgebracht. Bis zur Ablieferung dieser 20 000 Waggons ist die Erteilung von Getreideausfuhrbewilligungen eingestellt. Da nach Lieferung dieses großen Quantums der Inlandsbedarf erschöpft sein dürfte, wird für die weitere Ausfuhr kaum noch Getreide zur Verfügung stehen.

Wie sehr der Handelsvertrag mit Rumänien in wirtschaftlicher Hinsicht zu begreifen ist, so wäre doch zu wünschen, daß es noch andere, viel wichtigere Handelsbeziehungen anknüpft mit Mächten, auf die nicht nur die Lage, sondern auch der bisherige Außenhandel Polens gebieterisch hinweist. Ein Bild davon mag folgende Statistik geben:

An Polens Außenhandel waren die Länder folgendermaßen beteiligt:

	Einfuhr nach Polen	Ausfuhr
	auschl. Holz	auschl. Holz
Deutschland	80.3%	24.4%
Verenigte Staaten	4.2%	18.8%
Tschechoslowakei	4.2%	16.3%
Danzig	3.9%	15.2%
Osterreich	2.1%	8.3%
Rumänien	1.2%	5.6%
England	1.0%	4.2%
Niederlande	0.9%	3.5%
Frankreich	0.4%	1.5%

Diese Statistik zeigt mit großer Deutlichkeit den Weg, den Polen bei Aufnahme von Handelsbeziehungen zu beschreiten hat. An der Abnahme der Ergebnisse Polens sind beteiligt: die Tschechoslowakei mit 12 %, Osterreich mit 32.2 % und Deutschland mit 37.6 %. Dagegen steht Rumänien, mit dem der erste Handelsvertrag abgeschlossen wurde, mit 0.5 % an vorletzter Stelle. Frankreich ist nur mit 0.4 % beteiligt. Von Deutschland erhielt Polen 80.3 % der gesamten Einfuhr. Der Anteil Deutschlands wäre noch größer, wenn nicht im letzten Vierteljahr 1920 die Warensperrung gegen Polen überhaupt verhängt worden wäre.

Polnisch-österreichische Handelskammer.

Wien, 15. Juli. (P.M.) In der Wiener Handelskammer fand in Anwesenheit zahlreicher Vertreter der polnischen und österreichischen Industrie die Gründungsversammlung der polnisch-österreichischen Handelskammer statt. Die Beratungen eröffnete Dr. Julius Targowski mit einer Ansprache, in der er die Notwendigkeit betonte, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und dem neuen Osterreich zu vertiefen. Darauf sprach im Namen der österreichischen Handels- und Gewerbekammer Dr. Rösler, im Namen der polnischen Handels- und Gewerbekammer Herr Bartel und der ehemalige Minister Roman, der seine Ansprache mit dem polnischen Szczęsł Boże (Mit Gott) beendete. Zum Präsidenten wurde Dr. Targowski, zum Vertreter Emil Roman gewählt. In den Ausschuss wurden zwölf Vertreter der Polen und Osterreichler gewählt. Die Generalversammlung bewilligte den Ausschuss zur Koordination neuer Mitglieder aus allen Teillegegebieten Polens. Das Lokal der österreichisch-polnischen Handelskammer befindet sich im 3. Bezirk, Dittscheingasse 2. An der Sitzung nahmen der polnische Gesandte Dr. Szarata und andere Mitglieder der Gesandtschaft teil.

Der rumänisch-judlawische Vertrag.

Bukarest, 14. Juli. (P.M.) Der am 14. Juni in Moskau unterzeichnete Vertrag zwischen Rumänien und Südslawien ist am 7. Juni geschlossen und am 7. Juli ratifiziert worden. Der Vertrag enthält die gegenseitige Verpflichtung beider Staaten zur Sicherung der Ausführung des Vertrages von Trianon und Neuilly für den Fall, daß Bulgarien oder Ungarn diesen Vertrag verletzten wollten. In dieser Angelegenheit wurde ein besonderes Militärabkommen geschlossen. Der Vertrag verpflichtet auf drei Jahre.

Militärabkommen zwischen Südslawien und der Tschechoslowakei.

Prag, 15. Juli. (P.M.) In einigen Tagen wird eine tschechoslowakische Militärkommission in Prag ankommen, die die Verhandlungen über den Abschluß des Militärabkommens zwischen der Tschechoslowakei und Südslawien beenden soll.

Aus Oberschlesien.

Berlin, 15. Juli. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird sich schon in den nächsten Tagen eine aus mehreren Offizieren bestehende interalliierte Kommission nach Mittelschlesien begeben, um sich dort über die Auflösung und Entwaffnung des ober-schlesischen Selbstschutzes des Generals Pöserer zu unterrichten. Sie wird in Mittelschlesien angeblich mit einer anderen Kommission aus Oepeln zusammentreffen, bzw. sich in Oepeln bei der Abstimmungskommission die nötigen Unterlagen über die Stärke und Bewaffnung der deutschen Selbstschutzeinheiten holen.

Ueberfall auf Brande des deutschen Plebiszit-Kommissariats.

Gestern nachmittag wurden acht aus Gdullabütte stammende Männer, Angestellte des deutschen Plebiszit-Kommissariats, auf dem Wege von ihrem Heimort von einer etwa 20 Mann starken Bande überfallen. Der Angestellte Stefan Orłowski wurde durch drei Kopfschüsse niedergestrichen. Der Angestellte Kuller wurde festgenommen und soll nach Polen verschleppt worden sein. Die übrigen ergriffen die Flucht und gelangten auf Umwegen nach Beuthen zurück. Orłowski wurde von dem jüngst aus dem Beuthener Gerichtshaus entlassenen, des Raubmordes angeklagten Professor Wastoff erschossen, der von einer Reihe von Zeugen einmündig erkannt worden ist.

Noch keine Ruhe.

Königsbrunn, 14. Juli. Wie der „Oberschlesische Kurier“ meldet, wurden in Gdullabütte bei Lubom deutsche Arbeiter von Insurgenten überfallen. Die Deutschen legten sich zur Wehr, konnten aber gegen die große Übermacht nichts anrichten. Sie wurden von den Insurgenten mit einem Maschinengewehr auf 20 Meter Entfernung beschossen. Fünf Deutsche sind tot; einer wurde schwer verwundet und schleifte sich noch ein Stück weit fort, wurde aber von den Insurgenten, die den Blutspuren nachgingen, erschlagen.

Vor dem 4. Aufstand?

Breslau, 13. Juli. Die Insurgenten des Kreises Rybnik geben bekannt, daß der vierte Aufstand am 17. Juli beginnen wird. Die deutschen Gendarmen werden aufgefordert, die Gegend bis zum 15. Juli zu räumen. Wer diesem Räumungsbehl bis zum 15. Juli nicht nachkomme, werde über die Grenze nach Polen verschleppt. Der Beehl hat bereits eine Massenflucht der Deutschen zur Folge. In der Rybniker Gegend scheinen die Vorbereitungen für den vierten Aufstand vollständig beendet zu sein.

Der Teilungsplan.

Danzig, 15. Juli. (P.M.) Die „Danziger Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Oepeln, daß bei der interalliierten Kommission eine polnische Einmündigkeit über die Angelegenheit des Selbstschutzes der ober-schlesischen Industrie herrscht. Diese Einmündigkeit fand ihren Ausdruck in einem gemeinsamen Vorschlag, der für den Obersten Rat ausgearbeitet wurde. Dieser Vorschlag, den General Person dem Obersten Rat persönlich übergeben wird, stützt sich im allgemeinen auf den Entwurf des Grafen Sforza. Er befiehlt jedoch dem Obersten Rat die Entscheidung über die Kreise Groß-Strehlitz, Gleiwitz und Zabrze. Im Sinne dieses Vorschlages werden 14 Tage nach der darauf bezüglichen Entscheidung des Obersten Rates die einzelnen Gebiete von den Polen bzw. von den Deutschen unter Kontrolle der Koalitionstruppen besetzt werden. Dann wird unverzüglich die Festlegung der neuen Grenzen durch eine gemischte polnisch-deutsche Kommission unter der Führung Englands erfolgen. Erst nach Beendigung dieser Arbeit werden die Koalitionstruppen aus Oberschlesien zurückgezogen. Die dem Deutschen zuerkannten Gebiete werden während der Zeit der Grenzfestlegung von englischen und italienischen Truppen geschützt werden, die Polen zuerkannten Gebiete dagegen von französischen Truppen.

Neue Schritte der interalliierten Kommission.

Warschau, 15. Juli. Die interalliierte Kommission überreichte dem Polzepräsidium in Katowitz einen Beehl, nach dem 17. Juli die polnische Armee zum 15. Juli das ober-schlesische Industriegebiet verlassen müssen. Das deutsche Abstimmungskomitee in Katowitz wurde aufgelöst. Gleichfalls aufgelöst wurde der Selbstschutzausschuss.

Le Rond geht doch?

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ berichten darüber: Wie aus London verlautet, wird General Le Rond seine Abberufung selbst erbitten, da er die ihm anvertraute Mission, den Polen die Stange zu halten und dem englisch-italienischen Einfluß entgegenzuwirken, bei den neuesten Annahmen aus Paris nicht mehr erfüllen zu können glaubt. Diese Annahmen stellen nämlich bereits das Ergebnis von vertraulich geführten Besprechungen dar und sind ein Kompromiß, das die Alliierten untereinander abgeschlossen haben. Im übrigen gilt in London, Kreisen als sicher, daß Le Rond auch französischen Politikern mißliebig geworden ist und man sagt die Vobeshymne, die ihm während am Montag in der Kammer gehalten hat, nur als eine Entschuldigung für den davor angeführten General aus. Schon deshalb könne von einer Preisfrage im Falle Le Rond keine Rede sein. Es handelte sich lediglich um eine Personensfrage.

Senniters Standpunkt.

Groß-Strehlitz, 14. Juli. (Tel.-U.) Der englische Kommandeur General Senniter stellte dem Korrespondenten der „Polnischen Zeitung“ auf die Frage nach der Möglichkeit eines vierten polnischen Aufstandes, die Gegenfrage nach den Chancen eines deutschen Aufstandes. Auf den Hinweis, daß ein deutscher Aufstand ausgeschlossen sei, weil interalliierte Truppen jede deutsche Bewegung sofort unterdrücken könnten, antwortete der englische General: „er glaube auch, gerade auch für den Fall eines polnischen Aufstandes als sicher annehmen zu können. Die polnische Grenze würde sehr rasch besetzt werden und zwar durch Truppen aller drei in Oberschlesien vertretenen Mächte. Er wisse, daß die Deutschen in Oberschlesien viel hätten leiden müssen, aber es wäre für die Sache von Deutschland von aller größtem Nachteil, wenn jetzt von ihrer Seite irgend welche Gewalttaten unternommen würden. Die Osterreichler müßten bis zur Entscheidung des Obersten Rates Geduld haben. Er hoffe, daß die Entscheidung bald falle und könne versichern, daß die interalliierte Kommission handig auf Verheimlichung dränge.“

Nach einer weiteren Meldung sind in Oberschlesien die englischen Truppen in den letzten Tagen an verschiedenen Orten energig gegen die noch im Besitz von Waffen befindlichen polnischen Banden vorgegangen. In Groß-Dombrowka wurden gegen 200 bewaffnete Polen, die die deutsche Verhinderung in der dortigen Gegend auf das schärfste beflügelt und mißhandelt hatten, von englischen Soldaten entwaffnet.

Der letzte Gefangenenaustausch.

Beuthen, 15. Juli. (P.M.) Nach Meldungen des Internationalen Vereinigten Komitees in Oepeln wird am 14. Juli der letzte Austausch der deutschen und polnischen Gefangenen stattgefunden.

Die Abrüstungskonferenz.

Wie der „New York Herald“ aus Washington meldet, gab ein Vertreter des Staatsdepartements den Pressevertretern u. a. folgende Erklärung bezüglich der Einladung Gardings zur Abrüstungskonferenz.

Der Termin der Konferenz bleibt der Initiative der eingeladenen Mächte überlassen, doch hofft man, daß sie gegen den 1. November d. Js. stattfinden wird.

Das Programm der Konferenz wird zwei Fragen umfassen, die Entwaffnung und das Problem des fernen Ostens, ohne daß jedoch die Ausdehnung der aus der Behandlung dieser beiden Fragen sich ergebenden Diskussion irgendwie eingeschränkt werden soll.

Die Art der Vertretung würde den eingeladenen Mächten überlassen, sowie auch die Wahl des Ranges der Delegierten. Keine Nation sei gezwungen, eine von der Konferenz getroffene Entscheidung im voraus anzunehmen.

Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan wurden eingeladen, weil diese zusammen mit den Vereinigten Staaten einen offiziellen Organismus unter dem Namen „Haupt-sächliche alliierte und assoziierte Mächte“ darstellen. China wurde eingeladen, weil es unnötig ist, irgendeine Frage des fernen Ostens ohne seine Zustimmung zu regeln.

Es wurde beschlossen, die Frage des fernen Ostens mit der Entwaffnung zu vereinigen.

Die Weltabrüstung steht auf dem Programm von Versailles. Dort steht geschrieben, daß zwar Deutschland mit der Abrüstung vorangehen solle — und das ist mittlerweile reiflos geschehen —, daß dann aber auch die übrigen Großmächte mit der Abrüstung zu beginnen hätten. Ein Blick auf die Zustände in Mitteleuropa aber zeigt, daß die Siegerstaaten und alle die Länder, die aus dem Zusammenbruch Mitteleuropas Vorteile gezogen haben, nicht daran denken, die Waffen niederzulegen. Im nahen Osten tobt ein neuer Krieg, in Oberschlesien glimmt der Funke des Aufstandes weiter, unserm polnischen Reich droht Tschechien unterhält mit der Möglichkeit eines Krieges, am Rhein stehen schwerbewaffnete Truppen der Alliierten, — in Deutschland ist auch der Selbstschutz bereits entwaffnet.

Garding fühlt wohl das Ungerechte dieser Lage und beruft eine Konferenz zur Weltabrüstung. Freilich verfolgt er dabei nicht nur den idealen Zweck, den Versailler Vertrag zu erfüllen, der letzte Grund ist, wie immer jenseits des großen Teiches, auch diesmal wieder der heilige Gogol's mus.

Amerika steht augenblicklich auf der Höhe seiner Weltmacht und fürchtet, diese Stellung könnte durch einen Konflikt mit Japan oder auch mit England gefährdet werden. Japan stellt nun einmal den gefährlichsten Rivalen Amerikas auf der anderen Hälfte der Erdkugel dar. Durch die Forderung der Weltabrüstung will Garding diese Gefahr beseitigen und zugleich auch seinen zweiten Rivalen zur See, England, zwingen, den Grundsatz der englischen „Überlegenheit zur See“ aufzugeben. Die Konferenz wird demnach eine recht interessante Auseinandersetzung zwischen Amerika, England und Japan sein, die alle das Programm der Weltabrüstung so auslegen werden, wie sie es auf-fassen.

New York, 14. Juli. (Tel.-U.) Aus Washington wird gemeldet, daß Japan die Einladung zur Konferenz in Washington angenommen hat. Auch der italienische Außenminister hat, Blättermeldungen zufolge, die Einladung des Präsidenten Garding angenommen.

London, 14. Juli. (Tel.-U.) Lloyd George und Lord Curzon werden als wahrhaftige Vertreter Englands bei der Abrüstungskonferenz in Amerika bezeichnet. Man erwartet, daß Lord Lee, der Marineminister, und Admiral Beatty, der Kriegsmarineminister, Evans und Feldmarschall Sir Wilson an der Konferenz teilnehmen werden. Japans Antwort soll bereits nach Washington unterwegs sein.

Paris, 14. Juli. (Tel.-U.) Das Ministerium des Äußeren hat gestern dem amerikanischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß die französische Regierung die Einladung zur Konferenz in Washington annimmt. Briand wird sich persönlich nach Washington begeben.

Lloyd George zur Abrüstungsfrage.

London, 14. Juli. (Tel.-U.) Im Unterhause hat Lloyd George seine große Genugtuung über den amerikanischen Vorschlag, betreffend die Marineabrüstung im Stillen Ozean mitgeteilt. Die chinesische Regierung hat bereits ihre Teilnahme zugesagt, Japan noch nicht, aber man habe Grund zu glauben, daß auch Japan sich vertreten lassen werde. Über Japan sagte Lloyd George, daß Japan in England einen alten Bundesgenossen besitze. Was die Vereinigten Staaten betreffe, habe er und Garding den Wunsch, für eine Verwirklichung der Ideale soweit wie möglich zusammenzuarbeiten. Das Bündnis zwischen England und Japan werde besser in Kraft bleiben bis 12 Monate nach der Kündigung. Beide Verbündete wollen aber, daß der Vertrag in Übereinstimmung mit dem Bülwerbund gebracht werde.

Mit den Vereinigten Staaten seien Verhandlungen eingeleitet, die auf eine Verringerung der Rüstungen im Stillen Ozean abzielen. Die Zweifel, ob der englisch-japanische Vertrag als genügend zu betrachten sei, seien durch den Vorstoß in Verbindung mit den Konjurieren in dem Sinne behoben worden, daß eine Kündigung nicht vorliege. Der Vertrag läuft sonach noch 12 Monate, nachdem eine Kündigung ausgedrückt werden würde. Was die Politik im fernen Osten und im Stillen Ozean anlangt, so behält die britische Reichsleitung den Grund-satz im Auge, in freundschaftlicher Fühlung mit den Vereinigten Staaten vorzugehen. Mit Japan wünsche die Reichs-regierung ebenfalls enge Freundschaft zu erhalten, da hierdurch das Gedeihen des britischen Reiches ebenso wie des fernen Ostens abhängt. Nach wie vor hält die britische Regierung an der Politik der offenen Tür in China fest. Die Verwirklichung einer Konferenz zur Erörterung der Frage des fernen Ostens und des Stillen Ozeans sei auf bestem Wege. Die Konferenz über die Verminderung der Rüstungen könne in Washington stattfinden.

Die französische Presse zur Abrüstungsfrage.

Paris, 15. Juli. (Tel.-U.) Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß die Sitzung des Bülwerbundes, die am 1. d. Mts. in Paris stattfinden sollte, infolge Gardings Vorschlag zur Abrüstungsfrage vertagt werden wird. Die französische Presse begrüßt Gardings Vorschlag mit Freuden. Dem Vorschlag über die Marine-abrüstung will man sich anschließen. Wenn aber die Abrüstung der Landkräfte zur Beratung kommt, dürfte nicht vergessen werden, daß die Alliierten und Neutralen eine entscheidende Aufsicht ausüben müssen auf die beiden Länder, die den Krieg wieder in Gang bringen könnten, Deutschland und Rußland. Weiter teilt

der „Matin“ mit, daß Briand persönlich an der Washingtoner Konferenz an Ort und Stelle mitzuarbeiten gedenkt. Die Konferenz wird wahrscheinlich Anfang Herbst stattfinden.

Das Programm.

Paris, 14. Juli. (Tel.-An.) Aus gut informierten Kreisen erklärt man, daß die Abrüstungskonferenz ein sehr dehnbares Programm haben wird, damit alle Punkte weitausläufig besprochen werden können. Wie verlautet, wird Präsident Harding die Eröffnungsrede halten. Er wird dann die Leitung der Besprechungen, an denen er weiterhin nicht mehr persönlich teilnehmen wird, Hughes übertragen, dem Marshall Kott zur Seite stehen wird. Die Mitglieder des amerikanischen Kongresses haben inzwischen einstimmig ihre Zustimmung zu der Initiative des Präsidenten Harding ausgedrückt.

Der Krieg im Orient.

Athen, 15. Juli. (Tel.-An.) Telegramme aus Smyrna melden, daß die griechischen Truppen an vier Stellen der Front in Kleinasien zum Angriff übergegangen sind und u. a. Kassa Pascha besetzt haben.

Konstantinopel, 13. Juli. (Tel.-An.) Die Türken haben in den Küstengewässern des Marmarameeres Minen gelegt.

Türkischer Angriff bei Brussa.

Angora, 13. Juli. (PAT.) Die türkischen Truppen griffen die Griechen westlich von Brussa an. Die Griechen wurden mit Verlusten zurückgeschlagen.

Siegreiche Offensive der Griechen.

Athen, 13. Juli. (PAT.) Eine Depesche aus Smyrna meldet, daß die Griechen eine heftige Offensive begonnen haben und Aganos (P) und Yenikoi eingenommen haben.

Konstantinopel, 13. Juli. (PAT.) Den Griechen ist es gelungen nach Ismit vorzudringen. Sie wurden jedoch zurückgeschlagen und ließen 100 Tote, viele Verwundete, Waffen, Munition und Lebensmittel zurück. Die griechischen Truppen räumten die Gegend von Ismit.

England in Verlegenheit.

Rom, 15. Juli. (PAT.) Die „Idea Nazionale“ berichtet, daß England nach Abbruch der Beziehungen mit Kemal Pascha sich an Italien wegen einer gemeinsamen Aktion in Kleinasien gewandt habe. Im Zusammenhang damit fordert die Zeitung, daß England etwas von den Entschädigungsforderungen, die ihm von Deutschland zustehen, zugunsten Italiens ablassen soll. Sie begründet diese Forderung damit, daß Italien für eine gewisse Zeit auf die ihm von Österreich und Bulgarien zustehenden Forderungen verzichten mußte.

Persien sagt sich von England los.

Stockholm, 15. Juli. (Tel.-An.) Nach einer Moskauer Meldung des Reutersbüros hat der Schah von Persien in seiner Thronrede mitgeteilt, daß Persien das Abkommen mit England gekündigt und ein Bündnisverhältnis mit Afghanistan und Sowjetrußland unterzeichnet hat.

Kommunistische Propaganda in Indien.

Barthau, 15. Juli. Die kommunistische Propaganda in Indien hat nach den letzten Nachrichten bedeutende und unerwartete Erfolge gehabt. In den nordöstlichen Provinzen Indiens kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Tubulbevölkerung und den englischen Truppen.

Die irische Frage.

Verhandlungen mit den Sinnfeinern.

De Valera ist mit seinen Begleitern von Dublin nach London abgereist. Die Konferenz mit Lloyd George beginnt am Donnerstag. Nach den „Times“ wird Lloyd George die Sinnfeiner allein empfangen, während die Premierminister der Dominions fernbleiben sollen. Nur falls De Valera Wert darauf legt, daß auch die Vertreter der Dominions, namentlich Smuts, bei den Besprechungen anwesend seien, werde die britische Regierung die Genehmigung dazu geben. Man ist der Ansicht, daß die Konferenzen zwischen der britischen Regierung und den Sinnfeinern längere Zeit beanspruchen wird. Die zwei Parteien wissen wohl, daß sie auf einem toten Punkt angelangt waren, und daß es eine durchaus schwierige Aufgabe sein wird, die sehr weit auseinandergehenden Mindestforderungen einigermaßen auszugleichen. Bestenfalls werde es kaum vor Ende September möglich sein, einen Erfolg zu erzielen. Während man britischerseits die Dominionsstellung für Irland in den Vordergrund stellt, wird De Valera sich kaum mit dieser Lösung begnügen. In unterrichteten Kreisen wird gefast, daß die Lösung dieser Frage im Gedanken der Personalunion gesucht werde.

Hebräer Ruhe.

London, 14. Juli. (Tel.-An.) Der Waffenstillstand in Irland wird überall beachtet. In den letzten 24 Stunden ist kein Bericht über Gewalttaten eingegangen.

Der Aufstand in Indien.

London, 15. Juni. (Tel.-An.) Bei einem Geschehnis in Britisch-Indien, in der Nähe von Potosina Gandula, zwischen indischen Eingeborenen und britischen Truppen wurde ein Oberst, ein Kapitän und 15 Soldaten getötet. Die Engländer haben die Eingeborenen nach heftigen Kämpfen zurückgeworfen.

Tanzwut und Tanzseuche.

(Schluß.) Von Dr. Omega.

Der Name des St. Veit hat sich bis heute in der Medizin in dem Worte „Veitstanz“ zur Bezeichnung der grotesken Verzerrungen choreatischer Kinder erhalten. Auch hier handelt es sich wie bei der Tanzseuche, häufig um eine „geistige Ansteckung“. Ein veitstanzkrankes Kind kann in der Schule viele durch den Teufel der Nachahmung infizieren. Aber ausgebreitete Veitstanzepidemien, bei denen die Befallenen nicht mehr an tanzähnlichen, sondern mehr krampfartigen Verkrüppelungen litten, als deren Ursache meist religiöse Überspanntheiten angesehen waren, berichtet die Medizin aus vieler Herren Länder. Im pietistischen England begannen sie zu meiste mit Ekstasen und Ekzessen im Gotteshaus selbst, und der Wahnsinn der „Convulsionairs“ im Frankreich hat im 18. Jahrhundert weite Kreise gezogen, ebenso wie die ähnlichen Erscheinungen bei den indischen Derwischen und anderen orientalischen Sektierern.

Die Ärzte jener Zeit machten ernsthafte Versuche, die Behandlung der Tanzbesessenen den Händen der Priester zu entziehen. Der berühmte Theophrastus Bombastus Paracelsus von Hohenheim war der erste, der die damals für medizinische Aufklärung wenig empfänglichen Zeitgenossen überzeugen wollte, daß nicht Zauberei und Teufel die Ursache der Seuche seien. In er brachte sogar die verschiedenen Formen des Veitstanzes in eine Art System. Er unterschied den Veitstanz „aus Einbildung“, womit er die ursprüngliche Tanzplage bezeichnete, den Tanz „aus sinnlicher Begierde“, in den er die jetzigen Ausbreitungen einreichte und den Tanz „aus körperlichen Ursachen“. Hierfür vermutete er im Körper gewisse Ädern, die für einen „innerlichen Riß“ empfänglich wären. Durch die Ansteckung „durch veränderte Lebensgeister“ wurden diese Ädern in Wallung gebracht, wodurch die herausstehende Freude und die Tanzlust entstanden. Ebenso phantastisch waren seine Heilversuche, von denen scheinbar am meisten die Einsperkung der Kranken in einen unbequemen Ort mährte, bis die Betrübten sie zur Besinnung und Ruhe brachte.

Dementi Bulgariens über Beziehungen zu den Kemalisten.

Wien, 14. Juli. Aus Sofia wird der „Politischen Korrespondenz“ geschrieben: Im Auslande werden andauernd Gerüchte verbreitet, die Bulgarien in irgendeinen Zusammenhang mit den Vorgängen in Kleinasien zu bringen suchen. So wird erzählt, daß sich in Angora eine bulgarische Mission befände, um mit Kemal Pascha einen Meinungsaustrausch zu pflegen, daß zwischen der bulgarischen Regierung einerseits, der Sowjetregierung und Kemal Pascha andererseits Verhandlungen eingeleitet worden seien, und daß in Warna eine bolschewistische Mission eingetroffen sei. Alle diese Behauptungen entbehren jeder tatsächlichen Grundlage. Man zieht mit ihrer Verbreitung darauf ab, gegen die Politik der bulgarischen Regierung in den letzten Jahren der Großmächte und in der öffentlichen Meinung Mißtrauen zu erregen.

Die bulgarische Regierung denkt nicht daran, in irgendeiner Form in die kleinasiatischen Wirren einzugreifen, sie hat nie den Plan in Erwägung gezogen, einen Vertrauensmann mit einer politischen Mission nach Angora zu entsenden, und sie ist fest entschlossen, vollkommene Neutralität zu bewahren.

Ungarn.

Zum Vertrag von Trianon.

London, 15. Juli. (PAT.) Der französische Senat nahm einen Beschluß über die Ratifizierung des Vertrages von Trianon an. Der Vertrag wird in einigen Tagen ins Leben treten. Die Entente ist entschlossen, darüber zu wachen, daß dieser Vertrag streng durchgesetzt wird und ulmt an, daß die Ungarn die Wichtigkeit der Erfüllung aller Bedingungen des Vertrages erfüllen werden.

Grenzregulierung.

Ofenpest, 15. Juli. (PAT.) Die ungarische Regierung erhielt von der Reichsregierung die Aufforderung, daß sie im Verlauf von zwei Wochen nach Inkrafttreten des Vertrages von Trianon drei Vertreter zur Grenzkommission ernennen soll.

Neue Zusammenstöße in Italien.

Rom, 15. Juli. (PAT.) Es wird von neuen blutigen Zusammenstößen zwischen Faschisten und Sozialisten in Turin und anderen Städten berichtet.

Deutsche Kriegsschadigungen.

Berlin, 14. Juli. Der Reichsbank ist es gelungen, durch Vermittlung des Hauses Mendelssohn u. Co. in Amsterdam sich einen Kredit von 150 Millionen Goldmark zu beschaffen, und daß Verhandlungen über weitere Kredite gleicher Art schweben. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen werden durch die Kreditoperation so ergänzt, daß die Erfüllung der am 31. August fälligen Reparationsverpflichtung als gesichert anzusehen ist. Weitere Reparationszahlungen sind alsdann während des Jahres 1921 in Devisen nicht mehr zu leisten.

Berlin, 14. Juli. In Anbetracht der Wichtigkeit der Beratungen über die deutschen Sachleistungen hat sich die Reichsregierung entschlossen, den Staatssekretär Girsch vom Reichswirtschaftsministerium als deutschen Delegierten nach Paris zu entsenden.

Deutsches Reich.

Angriff auf das Kabinett Wirth.

München, 12. Juli. (Tel.-An.) Gestern Abend sprach neben anderen in einer öffentlichen Versammlung der bayerischen Mittelpartei der Reichstagsabgeordnete Edler von Braun, Präsident des Reichswirtschaftsrates. Er erklärte, das Kabinett Wirth werde in sich zusammenbrechen. Man werde dann aus Verlegenheit zu Neuwahlen im Herbst schreiten. Die Sozialdemokratie arbeite auf Neuwahlen hin mit der Parole gegen den Veitstanz. Sie hoffe dabei auf Wiedervereinigung mit der U. S. P. D. Der Redner fuhr fort: „Kommen Neuwahlen, dann brauchen wir eine Einheitsfront gegen die Sozialisierung, dann brauchen wir eine bürgerliche Regierung, die sich so vortrefflich in Bayern bewährt hat.“

Französische Besorgnisse für Wirth.

Paris, 14. Juli. Die „Excelsior“ teilt, soll Minister Loucheur vor Beginn der Verhandlung Herrn Dr. Guggenheimer auf das Gefühl der Unbeständigkeit aufmerksam gemacht haben, daß die französische Regierung bezüglich des Kabinetts Wirth hat. Der Sturz des Ministeriums würde die schwierigen und notwendigen Arbeiten der beiden Sachverständigen wieder zu nichte machen. Das genannte Blatt glaubt zu wissen, daß Dr. Guggenheimer Minister Loucheur den aufrichtigen Willen der deutschen Regierung versichert, die nicht zögern würde, den Reichstag aufzulösen, falls er ihr ernste Schwierigkeiten machen sollte.

Eine amerikanische Note an China.

Paris, 14. Juli. Die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, daß gestern eine Note veröffentlicht worden, die das Staatsdepartement am 1. Juli an den chinesischen Gesandten gerichtet hat. Darin wird erklärt, daß der Grundgedanke der offenen Tür sowohl im Interesse Chinas, als im gemeinsamen Interesse aller Mächte auf chinesischem Gebiet unerlässlich sei. Die Note ist, meint das Blatt, das Ergebnis von Protesten der englischen, dänischen und der japanischen Regierungen gegen eine von der chinesischen Regierung einem amerikanischen Konzern gewährte Telegraphenbaukonzession. Die Proteste werden in der Note des Staatsdepartements als monopolistische Ansprüche bezeichnet.

Das polnisch-französische Petroleum-Abkommen.

Krakau, 15. Juli. Der Delegierte der polnischen Regierung, Dr. Diamand, ist nach Paris abgefahren, um an den polnisch-französischen Petroleumverhandlungen teilzunehmen. Der Schwerpunkt des Vertragsentwurfs soll der sein, daß die französischen Petroleumquellenbesitzer in Polen das Recht erhalten, ihre Produkte ins Ausland auszuführen, ohne die Verpflichtung zu übernehmen, für die vorgenommenen Transaktionen fremde Valuten ins Land einzuführen. Was die Ausbeutungsgebiete betrifft, so sollen die französischen Unternehmer dieselben Rechte wie die polnischen Bürger genießen. Gewisse Schwierigkeiten bringt nur die Frage der Herkunft des in Anspruch genommenen Kapitals in den Petroleumunternehmen, da der größte Teil des Kapitals, das sich als französisches ausgibt, deutsch-englischer Herkunft ist. Die französische Regierung beabsichtigt, die rein französischen Kapitalien von denen zu trennen, deren Herkunft zweifelhaft ist.

Der Kriegsminister verfügt Sparsamkeit.

Warschau, 15. Juli. (PAT.) Das Pressebureau des Kriegsministeriums gibt einen Befehl des Kriegsministers General Sokołowski heraus. Dieser Befehl weist auf die schmerzliche ökonomische und finanzielle Lage der Republik Polen hin. Diese Lage erfordert weitgehendste Sparsamkeit auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, so auch in der Armee, einem Budget, das den größten Teil des Staatsbudgets umfaßt. In diesem Budget bilden einen der größten Faktoren die Ausgaben zur Erhaltung der Automobile. Bei dem gegenwärtigen niedrigen Kurs führt das z. B. dazu, daß die monatlichen Erhaltungskosten eines Automobils gegen 116000 Mark betragen. Es müssen also diese Ausgaben durch Verringerung der verkehrenden Automobile erniedrigt werden, und zwar dürfen Automobile nur für dringendste militärische Zwecke gebraucht werden. Alle bisher ausgegebenen Befehle, welche die Fahrt mit Automobilen betreffen, bleiben weiter in Kraft.

Zum Rücktritt Kucharskis.

Der Minister Kucharski begründet sein Rücktrittsgesuch in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten in folgender Weise: „In der Ministererklärung vom 9. d. Mts. ist der Beschluß gefaßt worden, die Unifikation der ganzen Verwaltung des ehemals preussischen Teilgebiets mit der allgemeinen staatlichen Verwaltung durchzuführen. Ein grundsätzlicher Gegner der Unifikation bin ich nicht und bin es nie gewesen, ich war aber anderer Ansicht über die Art und den Zeitpunkt der Durchführung dieser Arbeit, weil die früheren und jetzigen Bedingungen im ehemals preussischen Teilgebiet Verhältnisse schaffen, die von den im Rest der Republik herrschenden grundverschieden sind. Es genügt, nur auf die Ernährungsverhältnisse hinzuweisen, die hier sich auf das Sequeler (Wschlagname) stützen, im Gegensatz zum freien Handel in den anderen Gebieten des Staates. Heute steht der Übergang vom Beschlagname zum freien Handel berechnete Befürchtungen, wie ich das des öfteren in meinen Reden zum Ausdruck gebracht habe. Daher ist für die Übergangszeit das Bestehen der Sonderbestimmungen, welche die Sache erleichtern, und das ehemals preussische Teilgebiet, und dadurch auch den ganzen Staat vor allen großen Krisen bewahren könnten, unumgänglich notwendig. Der Beschluß des Ministerrats hat über meine Befürchtungen hinweg, die durchaus weiterhin bestehen, die Angelegenheit entschieden und daher bitte ich den Herrn Ministerpräsidenten ergebenst, dem Staatschef mein Gesuch um Befreiung vom bisher verwalteten Amte vorlegen zu wollen.“

Republik Polen.

† Präsident Witos fuhr zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Wierzbokowice.
† Minister Stecowski fuhr gestern zu einem dreitägigen Urlaub nach Kleinpolen.
† Professor Wlaskowicz bekommt einen neuen Lehrstuhl. „Marob“ teilt mit, daß Prof. Wlaskowicz auf den Lehrstuhl der Geschichte der neuzeitlichen Diplomatie berufen wurde, die in der juristischen Abteilung der Universität Warschau gegründet wurde.
† Grenzkommission. Heute wird nach Kowno in Böhmen eine Grenzunterkommission, bestehend aus 10 Mitgliedern mit Rivellierinstrumenten, abfahren.

Dann ließ er sie allmählich wieder zu ihrer gewohnten Lebensweise zurückkehren, nicht ohne vorher durch eine kleine körperliche Züchtigung oder durch Hineinwerfen in kaltes Wasser den allzu regen Nervenstapel verstimmt zu haben.

Auch andere Ärzte beschäftigten sich mit dem Studium und der Bekämpfung der Tanzwut, so vor allem Johann Schenk von Grafenberg, der den größten Teil seiner Berufstätigkeit als Stadtphysikus zu Freiburg im Breisgau zubachte und dort im Jahre 1598 starb. Allerdings kamen zu seiner Zeit die Wanderungen der Veitstänzer nur noch sporadisch vor. Zeitlich begannen auch die von ihm beobachteten Epidemien um den Johannisfest herum. Und auch hier wieder sollten nicht nur die Ärzte, sondern auch der heilige Veit, der besonders in einer Kapelle zu Wriezen bei Briesack verehrt wurde, helfen.

Es hat einen ganz besonderen Reiz, auf den Einfluß der Musik für die Entstehung und Verbreitung des Veitstanzes einzugehen. Fraglos wurde durch eine lazzive Musik, die durch lebhafteste Melodien, durch erregende Töne der Pfeifen und Trompeten zu wirken suchte, die Leidenschaft und die Wut der Tanzkräftigen aufgestachelt. Von diesen musikalischen Produkten ist nichts bis auf unsere Tage erhalten geblieben. Aber auch in unserer Zeit werden durch eine — oft mit voller Absichtlichkeit — auf den Sinnesthymus gerichtete Musik die gleichsam zu einer Epidemie gewordene Tanzlust aufgestachelt.

Es sei noch an den „Tarantismus“ in Italien erinnert. Es war ein Aberglaube, der entstand, als nach der beispiellosen Verwüstung, die die Pest und die Pocken in Italien angerichtet hatten, das ganze Seelenleben des Volkes vergiftet war. Der Wefensart des Italienern entsprechend, traten die Zufälle des Tarantismus in etwas lebenswüthigerer Form auf als bei den Tänzen in anderen Ländern. Wenigstens äußerte sich bei vielen die Krankheit in einer übertriebenen Empfindlichkeit für Musik. Die Kranken sprangen bei den ersten Tönen beliebiger Melodien — wie Perotti berichtet — jauchzend vor Freude auf und tanzten so lange ohne Unterlaß, bis sie erschöpft niedersanken. Krankhafte Geisteszeit, die durch den Anblick von grünen, besonders roten Farben und von glänzenden Gegenständen noch erhöht wurde, war das Charakteristische des italienischen Tarantismus. Kein Alter war gegen die

Folgen des angeblichen Tarantelbisses gefeit. Kinder und Greise wurden durch die Mänge der wilden Tarantella ergriffen.

Die Musik spielte in Italien aber auch eine wichtige Rolle bei der Heilung der Seuche. Es gab zwar viel Tanzkräftige, bei denen die blauen Wellen des Meeres auf die Klaviere beruhigend wirkten, aber bei den meisten half nur die Macht der Töne. Nicht auf jeden wirkten dieselben Melodien und Instrumente; die Mänge mußten dem Wesen und der Stimmung der Kranken entsprechen. Es gab ganze Systeme von Tarantellen, die man in ihrer Stimmung sogar den Farben anpaßte, die den Augen der Tarantati angenehm waren. So war speziell der „grüne Gesang“, der die Kranken an die grünen Wälder und Felder erinnern sollte, besonders beliebt. Andere Melodien richteten sich nach denen, die die Seuchstuch nach dem Wasser beherzichte, so daß sie aus den Gefängen und Vorträgen das Raufen der Ströme oder das Murmeln von Quellen zu vernehmen glaubten. Leider sind uns nur wenige Reste der alten Tarantellen erhalten geblieben, aus denen man aber mindestens noch die Verschiedenartigkeit des Rhythmus erkennen kann.

Glücklicherweise hört auch die schwerste Seuche einmal auf: „Sticht“, sie geht an sich selbst zugrunde. Auch die seelischen Epidemien haben sich ausgelebt und werden sich immer wieder ausleben, ohne daß dazu große Desinfektionsmaßregeln und Quarantänen notwendig sind. Gerade die Geschichte der Tanzseuche aber lehrt, daß alle Gewaltmaßregeln nur zum Widerstand reizen und die Krankheit verschlimmern, daß aber die Pflege aller guten Instinkte, die Wiedergewöhnung an die Natur und das Natürliche, die mächtigsten Heilquellen darstellen. Diese Gedanken sollte man sich auch zu eigen machen, ehe man den Versuch unternimmt, die moderne „Tanzplage“ mit Gewalt zu unterdrücken. Wenn ruhigere Zeiten kommen, wenn die Erinnerungen an Entbehrungen und Verflabung sich verwischen werden, dann wird auch die Menschheit wieder sich mehr und mehr edleren Beschreibungen zuwenden. Diejenigen werden die besten Volksbeglucker und Volksheiler werden, die es verstehen, die Masse von dem Geschehen der Politik und von Klassenkampf abzulenken zur Pflege und zum Genuß der Wissenschaften und der schönen Künste, in erster Linie der guten Musik, die die Sinne erfreut und den Geist veredelt.

— Danziger Börsenbericht vom 14. Juli. Polnische Mark 4.05 bis 4.10, Auszahlung Warschau 3.85—3.90, Dollar 74—74.25, englische Pfund 270—272.

